

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1556
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 176.

Freitag, 31. Juli 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile 6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 8 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bemühter Rabatt nicht, wenn der Betrag veräußert, durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - Krieges oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststrasse 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Flottenkampf in England.

Die Legende vom deutschen Militarismus, dessen angebliche Aggressivität in seiner Flottenrüstung zum Ausdruck gekommen sei, ist als Mantel über das Verbrechen des Weltkrieges gebreitet worden. Alle Welt, so hieß es, wolle im Frieden leben. Nur das Deutschland der Vorkriegszeit strebe nach Weltbeherrschung und zwingt die Staaten zu nur ungerne getragenen Rüstungen. Die Folgerung aus dieser Legende war leicht zu ziehen: der Streizug gegen Deutschland und seinen Rüstungsstreb ist ein verdienstliches Werk. In Deutschland niedergezwungen und seiner Waffen beraubt, so werden von selbst die Rüstungen in allen Ländern aufhören. Es ist erhebtlich anders gekommen. Der Wohlstand, der in Europa durch die Entwertung Deutschlands geschaffen worden ist, hat alle Nachbarn zu verstärkter Rüstung veranlaßt. Frankreich hat sich sein militärisches Vorkriegssystem geschaffen und als legitime Folgerung aus dem Rüstungsstillen einen Geschwätz vorbereitet, der die gesamte Nation, die Wirtschaft in vollem Umfange in den Dienst des Weltgebanens stellt.

Die Beweggründe Frankreichs und seiner europäischen Hilfswäter liegen einigermassen klar. Man fürchtet rein zahlenmäßig schon das zukünftige Deutschland und die Vergeltung der vergrößerten Veranlastung. Aber auch England denkt nicht daran, seinen Flottenpotenzial auszulassen und mit friedlich aufgetriebenen Hemdsärmeln sich nur den Geschäften zu widmen. Nicht weniger als 58 Millionen Pfund fordert die Regierung, um ihr Flottenbauprogramm durchzuführen. Angesichts der sehr unangünstigen wirtschaftlichen Lage Großbritanniens müdet dieser Rüstungsplan nicht gerade harmlos an. Man fragt sich unwillkürlich, gegen wen nach der Erledigung Deutschlands die Flotte ausgebaut wird, und versteht die außerordentliche Anstrengung, die aus den Unterhandlungsverhandlungen und besonders aus den Reden der Oppositionsführer spricht. Den Verhandlungen im Plenum sind leidenschaftliche Auseinandersetzungen im Kabinett selbst vorausgegangen. Mit erkennlicher Schärfe ist die Aufgabe in Erscheinung getreten, das die konservative Partei eigentlich in zwei Parteien zerfällt, in einen rechten Flügel, der auf Schärfe für Rüstungsanstrengung eintritt, und in eine gemäßigtere Gruppe, deren Ansichten sich mehr denen der Liberalen in dieser Frage nähern und die das Verbrechen hat, die Rüstungsanstrengungen einigermassen der wirtschaftlichen Lage und der Weltfähigkeit des Landes anzupassen. Zur letzteren Gruppe gehört der Premierminister Baldwin. Die Admiralität hat im Laufe der internen Auseinandersetzungen sogar mit dem Rücktritt gedroht. Die Opposition hat sich den äußerst bequemsten Agitationsstoff nicht entgehen lassen. Sie stellt die vernünftige und in offener Sitzung natürlich nicht zu beantwortende Frage nach dem Grunde von morgen, gegen den England sich wappnet. Macdonald wird von Lloyd George fast noch an Leidenschaftlichkeit des Tones überboten. Es fällt aus seinem Munde das Wort von der „Strafgräberpolitik der Admirale“ und manche andere Wendung, die an den Parlamentarierjargon unierer Kommunisten erinnert. Und Macdonald spricht in rechnerischer Stilleheit von der „berühmten internationalen Lage“, wobei er natürlich weiß, daß die Regierung nicht daran denken kann, ihre Sorgen hinsichtlich der amerikanischen Machtentwicklung, der Schwierigkeiten im Osten und der immer deutlicher in Erscheinung tretenden Verletzung des britischen Imperiums von innen heraus offen darzulegen. Die Regierung antwortet, ihrer Mehrheit gewiß, aufsaßend ruhig. Sie vertritt den Einmühtenstand, d. h. die Notwendigkeit der englischen Flottenstärke im Gleichgewichtsverhältnis zur Stärke irgendeines anderen Landes.

Wesentlich ist der Hinweis gerade der Oppositionsreder auf die einzige akute Bedrohung Englands, nämlich auf den Ausbau der französischen Seemacht. Und die englische Admiralität erklärt sich natürlich, warum sollte sie nicht, grundsätzlich zur Abklärung bereit aber nach dem Motto an die anderen: Geh Du voran! Deutschland ist zum Vorwärt in der Entwertung gezwungen. Aber, abgesehen von einigen skandinavischen Kleinstaaten, denkt niemand daran, zu folgen.

Die deutschen Optanten in Polen.

Abg. Berlin. Trotz aller Bemühungen der deutschen Regierung ist es nicht gelungen, die polnische Staatsregierung von ihrer grausamen Ausweisungspolitik der deutschen Optanten abzubringen. Die Zahl der deutschen Optanten, die am 1. August das polnische Staatsgebiet verlassen mußten, beträgt rund 20 000 Personen; davon sind in den letzten Tagen etwa 7000 Personen schon ausgewandert. Die Zahl der deutschen Optanten, die zur Abwanderung freigegeben sind, beträgt bis zum 1. November dabei, weil sie in den Gebieten von Festungen und in den Grenzgebieten Grundbesitz haben, beträgt 2500. Der Rest der deutschen Optanten, die größeren Grundbesitz haben, müssen bis zum 1. Juli 1926 abwandern; ihre Zahl beträgt rund 4500. Die Abwandernden bestehen zum größten Teil aus kleinen Landwirten, Landarbeitern und Handwerkern. Eine besondere Härte der Vertreibung aus der Heimat liegt darin, daß dadurch vielfach die Familien gerissen werden, denn die älteren Leute haben zum großen Teil nicht für Deutschland optiert, sind also Polen geworden, während die jüngere Generation jetzt ohne ihre Verwandten in die Fremde abwandern muß. Zu bedauern sind namentlich die kleinen Landwirte, die wegen der hohen Transportkosten ihr Vieh nicht mitnehmen können und es zu jedem Preise ablegen müssen.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 30. Juli 1925.

Präsident Loeb eröffnet die Sitzung mit erheblicher Verzögerung um 2 Uhr 40 Min.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung der Abg. Senning (D.D.P.), in der er sich gegen die Zeitungsnachrichten über einen Zwischenfall auf dem württembergischen Eberleider Parteitag wendet. Er gibt zu, daß er die Rede von Senning gegen Stresemann gebraucht habe, aber auf Grund rein sachlicher Erwägungen und Ausführungen. Von dem angeblichen Zwischenfall: „Und er lebt noch!“ sei ihm nichts bekannt. Eine zustimmende Handbewegung seinerseits komme also nicht in Frage. (Gelächter links.) Als bei dieser Stelle der Rede Beifall einsetzte, habe er lediglich die rechte Hand hochgehoben zum Zeichen, daß er wieder Ruhe eintreten solle. (Erneutes Gelächter links.) Auch andere Teilnehmer an der Veranstaltung hätten einen solchen Jura nicht gehört. Für einen der Teilnehmer sei erinnerlich, daß die in ironischem Sinne gemeinte Bemerkung „er lebt noch“ gefallen sei.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und wendet sich der zweiten Beratung des

Körperchaftsteuergesetzes

zu. Präsident Loeb teilt mit, daß der Reichsrat eine weitere Zusammenfassung beschlossen habe. Beim Körperchaftsteuergesetz seien für die allgemeine Debatte drei Viertelstunden Redezeit und für die Einzeldebatte drei Gruppen mit je zwanzig Minuten vorgesehen.

Abg. Meier-Baden (Soz.) erklärt sich mit dem Grundgedanken der Körperchaftsteuer einverstanden. Die katastrophale Entwertung der Aktien sei auf die geradezu anarchischen Methoden der Gesellschaften zurückzuführen, um sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Mit dem vorgeschlagenen Tarif könne sich die Sozialdemokratie nicht einverstanden erklären, da er für die Kapitalisten gegen früher eine Ermäßigung um 42 Prozent bedeute. Auch das große Meer der Konjunktur müsse bei der wirtschaftlichen Betrachtung der Steuererhebung berücksichtigt werden. Dem Versuch, die öffentlichen Betriebe zu befeuern, kündigt der Redner den härtesten Kampf der Sozialdemokratie an.

Als dann der Abg. Reich (Komm.) das Wort erhält und von rechts einige Jura ertönen, ruft Abg. Kreuzburg (Komm.): Sei ruhig mit Deiner verflochtenen Stimme da oben! — Präsident Loeb ruft den kommunistischen Abgeordneten zur Ordnung und macht ihn unter dem Beifall der Rechten darauf aufmerksam, daß er wegen derartig roher Jura sofort aus dem Saal gewiesen werden könne. Abg. Reich (Komm.) erklärt, das Körperchaftsteuergesetz sei nichts anderes als eine Dämpfung der Steuerdrückbergerei in Paragraphen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzeldebatte werden zunächst die §§ 2 bis 19 behandelt, in denen die steuerpflichtigen Einkommen und Einkommensarten umgrenzt werden.

Von der Beratung ausgeschlossen werden die Bestimmungen, die sich mit der Besteuerung der Versorgungsanstalten befassen. Sie sollen erst gemeinsam mit dem Gesetzentwurf über die gegenseitigen Besteuerungsrechte behandelt werden.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) wendet sich gegen Steuerermäßigungen für die kirchlichen Körperschaften.

Die Abstimmungen werden ausgesetzt. Beim Steuerentwurf beantragt Abg. Hölein (Komm.) Erhöhung der Steuerhöhe und öffentliche Auslegung der Körperchaftsteuerentwürfe.

Bei der letzten Gruppe, die das Verfahren betrifft, weist Abg. Döhrich (Dnat.) Angriffe des kommunistischen Redners gegen den Landbund wegen angeblicher Steuerhabsucht zurück.

Die Vorlage wird in der Ausschussfassung angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Änderung des Steuerentwurfs wird in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

Es folgt dann die zweite Lesung des

Vermögens- und Erbschaftsteuergesetzes.

Abg. Ströbel (Soz.) wirft auch bei dieser Vorlage den Besitzenden Steuerhabsucht und Steuerdrückbergerei vor. Der Redner sucht durch Zahlenmaterial den Nachweis zu führen, daß in England die Besitzenden viel stärker herangezogen werden als bei uns. In England befinde sich eine andere Steuerethik. Eine schamlosere Steuerpolitik wie bei uns habe es niemals in der Welt gegeben.

Staatssekretär Poppi tritt der Kritik des Vordredners über die Besteuerung der Besitzenden entgegen. Bezüglich Englands bemerkt er, man könne nicht die Steueranforderungen zweier Länder vergleichen, die wirtschaftlich so verschieden seien. In England bringen ganze 85 Personen nicht weniger als ein Fünftel der ganzen Einkommenssteuer auf. Das sei ein Beweis für den Reichtum Englands. Der Besitz sei in Deutschland wirklich stark genug belastet.

Abg. Reubauer (Komm.) behauptet, im Gegensatz zu der Vermögenssteuer sei die Erbschaftsteuer völlig unzureichend.

Nach einer Rede des demokratischen Abgeordneten Verburg wird die Aussprache über § 1 geschlossen. Nach Ablehnung der Änderungsanträge werden die §§ 1-5 in der Ausschussfassung angenommen.

Um 9 Uhr abends beantragt Abg. Herb (Soz.) Beratung. Abg. Dr. Brünning (Ztr.) schlägt vor, wenigstens die Vermögenssteuer zu Ende zu bringen. Abg. Müller-Franken ist damit einverstanden unter der Bedingung, daß höchstens bis 10 Uhr actat und an den weiteren Sitzungs-

tagen mindestens um 9 Uhr Schluß gemacht wird. Es sei auf die Dauer nicht möglich, auch den Beamten des Reichstages eine mehr als 14stündige Arbeitszeit zuzumuten.

Abg. Roenen (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden eine überlange Ausdehnung der Sitzung erneut mit wirklicher Obstruktion beantworten. Während der Geschäftsordnungsdebatte kommt es zwischen Kommunisten und Zentrumsmitgliedern im Saal zu heftigen Auseinandersetzungen. Von den Kommunisten fällt der Ruf: Das war wieder der Pfaffe, der das angerichtet hat! Abg. Veidt (D.D.P.) protestiert gegen diese Bemerkung. Abg. Beyeröder (D.D.P.) schlägt entrüstet auf den Tisch des Hauses und wendet sich gegen die Kommunisten. Abg. Dörrie (Komm.) geht gleichfalls erregt auf ihn zu.

In einem dichten Rämel drängen sich die Abgeordneten zusammen. Durch das Dazwischentreten verschiedener Mitglieder wird ein Handgemeines vermieden.

In dem allgemeinen Lärm unterbricht Präsident Loeb um 10 Uhr die Sitzung und beruft sofort den Reichsrat ein. Im Saal geht während der Pause der Vorstreit zwischen rechts und links noch geraume Zeit weiter.

10.30 Uhr eröffnet Präsident Loeb wiederum die Sitzung und schlägt vor und empfiehlt, da die Sitzung des Reichsrates so lange gedauert habe, diese Zeit durch möglichst frühen Beginn der Freitagssitzung einzubringen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 10 Uhr, Notetat, Steuererhebung.

Schluß 11 Uhr.

Der Reichsrat des Reichstages

prüft in seiner getrennten Sitzung die Möglichkeiten der Erledigung der parlamentarischen Arbeiten in dem gegenwärtigen Tagungsabschnitt. Bei der Beratung der Steuererhebung soll behufs Beschleunigung noch eine weitere Zusammenfassung von Paragraphen, über die eine gemeinsame Debatte stattfindet, vorgenommen werden. Im Übrigen ist daran festgehalten worden, daß trotz der Verlängerung des Notetats, die in der Freitagssitzung in zweiter und dritter Lesung beschlossen werden soll, auch noch die ausstehenden Ergänzungsetats sowie die dritte Lesung des Etats und ebenso auch die Zollvorlage erledigt werden. Bis wann alle diese Vorlagen erledigt sein werden, läßt sich auch heute noch nicht absehen.

Schwächenfälle

bei zahlreichen Reichstagsabgeordneten.

Abg. Berlin. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, nehmen infolge der ausgedehnten Verhandlungen des Reichstagsplenums die Erkrankungen unter den Abgeordneten zu. Einzelne Abgeordnete müssen bereits früh morgens um 9 Uhr im Handelspolitischen Ausichau sein und können das Reichstagsgebäude erst um 11 Uhr nachts, nach Schluß der Plenarsitzung, verlassen, jedoch sie täglich vierzehnstündige Arbeitszeit durchzuführen haben. Der sozialdemokratische Abg. Dr. med. Noles, der schon seit Jahren in eiligen Fällen seinen Reichstagskollegen ärztliche Hilfe leistet, hat jetzt täglich acht bis neun Schwächenfälle von Abgeordneten zu behandeln.

Verfassungsbruch der Franzosen.

Abg. Berlin. Das Journal Off. veröffentlicht nunmehr die Verordnung, von der schon etwas verlautete und die dahingibt, daß die Einfuhr von Kohle und Holz deutschen Ursprungs nach Frankreich einer besonderen Genehmigung unterliegt. Aus der Verordnung ergibt sich also, daß diese Maßnahme ausschließlich gegen Deutschland gerichtet ist. Bei der Unterbrechung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen haben aber der Staatssekretär Trebelenbourg und der französische Handelsminister Chauvet durch gegenseitigen Notenwechsel die Abmachung getroffen, daß jede der beiden Parteien es unterlassen würde, auf die Dauer der Unterbrechung der Vertragsverhandlungen irgendwelche Maßnahmen zu treffen, die sich ausschließlich oder in der Hauptsache gegen den Handel des anderen Landes richten. Die neue Verordnung der französischen Regierung stellt demnach einen eklatanten Bruch dieser Abmachung durch die Franzosen dar.

Essen — befehungsfrei!

(Berlin. Der Vorwärts meldet aus Essen: Die Befehungsbehörde teilte mit, daß Essen am Freitag 8 1/2 Uhr vormittags als befehungsfrei gelte. Auch Mülheim wird nach einer Mitteilung der Befehungsbehörde an die Stadtverwaltung heute vormittags geräumt sein.

Essen. (Frankfurt vom 10. Juli.) Heute früh um 9 Uhr haben die letzten Infanterietruppen der Franzosen Essen in südlicher Richtung nach Werden zu verlassen und die Tricolore aus dem seit mehr als 2 1/2 Jahren besetzten Industriegebiet hinausgetragen.

Erfolge der Junkers-Flugzeuge.

Berlin. Auf den mit Junkers-Flugzeugen besetzten Linien der Trans-Europa-Union, der Nord-Europa-Union und der Junkers-Luftverkehrs-Ges., sowie auf den ausländischen Junkers-Strassen haben 6 Flugzeugführer die außerordentliche Leistung von 200 000 km im regelmäßigen Luftverkehr zurückgelegten Flugkilometern zu verzeichnen. Flugleistungen von 100 000 Kilometer und darüber erzielten 15 Piloten.